

// Bezirk Mitte //

Resolution 1 der Personalversammlung der Schulen in Mitte am 17.10.2024

FÜR BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER BILDUNG

Die Personalversammlung fordert die politisch Verantwortlichen auf, an den Schulen bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Beschäftigten haben ihre Hausaufgaben gemacht – wann bekommen wir endlich die Unterstützung, die wir verdienen?

Im Zuge der Haushaltskonsolidierung darf die Axt nicht an die Bildung gelegt werden. Im Gegenteil, wir benötigen dringend Investitionen:

- Für die Bekämpfung der **Personalnot** müssen Ausbildungskapazitäten erhöht und die Attraktivität des Arbeitsortes Schule verbessert werden. Lehrkräfte ohne zweites Staatsexamen brauchen systematische Qualifizierungsangebote und eine langfristige Beschäftigungsperspektive. Multiprofessionelle Teams müssen *zusätzlich* an die Schulen kommen, nicht per Stellenumwandlung. Förderstunden sind nicht für Vertretung da – wir fordern eine zehnpromzentige Vertretungsreserve für Lehrkräfte, Erzieher:innen und Betreuer:innen.
- Für die Bekämpfung der **Zeitnot** müssen Unterstützungssysteme ausgebaut und bürokratische Verfahren vereinfacht werden. Sowohl Lehrkräfte als auch Erzieher:innen brauchen eine angemessene Vor- und Nachbereitungszeit. Für die Ausbildung von Referendar:innen und Quereinsteiger:innen braucht es Zeitressourcen, das geht nicht nebenbei. Teilzeitkräfte müssen entsprechend ihrer Arbeitszeit von außerunterrichtlichen Tätigkeiten entlastet werden.
- Für die Bekämpfung der **Raumnot** muss weiter und langfristig in moderne Schulneubauten, in die Instandhaltung der Gebäude und in funktionierende Technik investiert werden. Lerngruppen dürfen nicht immer größer werden – im Gegenteil, wir fordern einen Tarifvertrag Gesundheitsschutz, der verbindliche Obergrenzen und Kompensationen bei Nichteinhaltung regelt.
- Für die Bekämpfung der **Finanznot** und für Investitionen in die Zukunft muss der Staat seine Einnahmen erhöhen, z.B. durch die angemessene Besteuerung großer Vermögen. Das Kooperationsverbot gehört aufgehoben, und der Bund muss die Länder bei der Finanzierung der Schulen unterstützen.

// **Bezirk Mitte** //

Resolution 2 der Personalversammlung der Schulen in Mitte am 17.10.2024

LEHRKRÄFTE UND ERZIEHER:INNEN GEMEINSAM FÜR ENTLASTUNG

Die Personalversammlung erklärt sich **solidarisch mit den Forderungen der Erzieher:innen bei den Kita-Eigenbetrieben**. Eine Entlastung für die Erzieher:innen und qualitative Verbesserungen müssen tariflich geregelt werden, denn nur so können sich Beschäftigte und Eltern darauf verlassen. **Das Streikrecht darf nicht eingeschränkt werden** – in einem demokratischen Land müssen die Kita-Erzieher:innen auch streiken können, wenn ihre Forderungen anders nicht gehört werden.

Auch für den Schulbereich unterstützt die Personalversammlung die Forderung nach einem **Tarifvertrag Gesundheitsschutz**, der Lerngruppengrößen verbindlich regelt und Kompensationen bei Nichteinhaltung der Grenzen festlegt. In den Tarifvertrag sind **Lehrkräfte und Erzieher:innen** gleichermaßen einzubeziehen.

Die Personalversammlung fordert die Gewerkschaften GEW und Verdi auf, sich gemeinsam für diese Ziele einzusetzen.

// **Bezirk Mitte** //

Resolution 3 der Personalversammlung der Schulen in Mitte am 17.10.2024

ERZIEHER:INNEN SIND KEIN IRRTUM

Erzieher:innen brauchen gute und gesunde Arbeitsbedingungen, um ihren Bildungsauftrag an den Schulen erfüllen zu können. Die Personalversammlung fordert die politisch Verantwortlichen daher zu folgenden Maßnahmen auf:

- Die personelle Ausstattung muss nachhaltig verbessert werden. Der **Personalschlüssel** Erzieher:in zu Kind muss von 1:22 auf 1:15 verbessert werden.
- Durch den Wegfall der Bedarfsprüfung, die Umwidmung von eFÖB-Räumen in Klassenräume und durch steigende Schülerzahlen sind die **räumlichen Bedingungen** für die eFöb völlig unzureichend. Die an vielen Schulen maroden und unzureichenden Räumlichkeiten sind deshalb zu sanieren, zu modernisieren und zu erweitern.
- Es muss die Stelle einer **stellvertretenden koordinierenden Fachkraft** im eFöB geschaffen werden. Entsprechende Zulagen gemäß §14 (1) TVL sind möglich.
- Wir erwarten, dass die Politik ihre Versprechen hält. Die **Brennpunktzulage** für Lehrkräfte **und** Erzieher:innen ist kein Irrtum, der zu korrigieren wäre. Alle Beschäftigten, die unter schweren Bedingungen täglich gute Arbeit leisten, verdienen eine Wertschätzung durch eine Zulage. Dazu gehören auch die Betreuer:innen, Sekretär:innen, Verwaltungsleitungen, Hausmeister:innen und Werkstattleitungen und alle weiteren Beschäftigten an den Schulen.
- Der Trend zur Überführung immer weiterer eFöB-Bereiche in **freie Trägerschaft** in Mitte muss gestoppt werden. Neugegründete Schulen dürfen nicht automatisch an freie Träger vergeben werden. Die schulischen Gremien müssen bei der geplanten Übertragung eines eFöB an einen freien Träger frühzeitig, transparent und demokratisch beteiligt werden. Wenn in einer neu gegründeten Schule noch keine Schulkonferenz existiert, müssen die Beschäftigten dennoch in angemessener Weise beteiligt werden.